



HANDELSKAMMER  
Schweiz ■ Österreich ■ Liechtenstein

## Verbund-Vorstand zur Energiewende: „Eine Operation am offenen Herzen!“

11.04.2025 | Kunde: Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein | Ressort:  
Österreich / Wirtschaft / Energie | Presseaussendung

Österreich hat sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein und bis 2030 den Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Wie diese Transformation gemeistert werden kann und welche Rolle der Handelskrieg von Trump spielt, diskutierten auf Einladung der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein (HKSÖL) in der „Top Speakers Lounge“ bei PwC Österreich Susanna Zapreva (Verbund), Michael Sponring (PwC Österreich), Urs Meister (Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom), Barbara Schmidt (Österreichs Energie). Geleitet wurde die Diskussion von Petra Stuibler (Der Standard). Allgemeiner Tenor: Man muss mit Fehlern leben lernen.

Honorarfreies Bildmaterial, Copyright ROBIN CONSULT\_Lepsi, finden Sie im **Medienbereich**

Wien, am 11. April 2025. Dunkelflauten, Solarspitzen und galoppierende Energiepreise – die Energiewende weist viele ungeklärte Fragen auf. Die drängendste wurde in der „Top Speakers Lounge“ der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein aber gleich zu Beginn geklärt: Wie wirken sich die Zölle von Donald Trump auf unsere Preise aus? **Michael Sponring**: „Wenn heute 125 Prozent Zoll bezahlt werden für Photovoltaik-Module, könnte es passieren, dass die Chinesen uns PV-Module mit hohem Aufschlag verkaufen und es dadurch für uns teurer wird. Oder es kommt anders und wir bekommen die Überproduktion günstig. Das betrifft auch fossile Energieträger. Billiges Gas aus den USA ist Voraussetzung für günstigen Strom in Europa“, so der Territory Leader Energy, Utilities & Resources, PwC Österreich.

### 15 Milliarden Euro an unsichere Länder

**Barbara Schmidt**, Generalsekretärin von Österreichs Energie: „Die aktuelle globale Situation zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, das Energiesystem in Österreich und Europa resilient aufzustellen. Wir zahlen aktuell rund 15 Milliarden im Jahr an unsichere Länder für fossile Energieimporte. Wesentlich sinnvoller ist es, in die Transformation, in erneuerbare Anlagen, Speicher und Netze zu investieren – nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.“

Für **Susanna Zapreva**, Mitglied des Vorstands der Verbund AG, ist die Energietransformation ein gesamtgesellschaftlicher Wandel. „Europa darf nicht den Anschluss verlieren. In China und Nordafrika gibt es eine ganz andere Dynamik. Wir müssen unsere Hausaufgaben lösen, damit Europa wettbewerbsfähig bleibt. Wir sind mitten in einem massiven Transformationsprozess, das ist eine Operation am offenen Herzen. Da ist es normal, dass auch Fehler passieren. Die Politik ist dann oft der Sündenbock. Wir müssen als Gesellschaft lernen, mit Ungewissheiten umzugehen und uns

auf die Chancen zu konzentrieren. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.“

### **Sinn ist, sich selbst zu versorgen und nicht die Öffentlichkeit!**

**Urs Meister:** „Mit dem stark angewachsenen Anteil an erneuerbaren Energien braucht es nun auch effiziente Mechanismen und Anreize, um diese in den Markt aber auch in die Netze zu integrieren. Konsequenterweise müssen sich dann auch die Fördersysteme für Erneuerbare daran ausrichten. Das gilt auch bei der Ausgestaltung von Energiegemeinschaften. Sie sollten stärkere Anreize erhalten, mittels ihres Eigenverbrauchs die Netznutzung effektiv zu reduzieren, um damit auch den Netzausbaubedarf zu reduzieren – aktuell fehlen diese Anreize. Dies könnte beispielsweise durch eine stärkere Ausrichtung der Netztarife nach der Leistung korrigiert werden“, so der Geschäftsführer der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom.

Ins gleiche Horn stößt Barbara Schmidt: „Die Finanzierung der Netztarife basiert auf einem Solidarsystem, d.h. alle, die Strom aus dem Netz entnehmen, tragen die Netzkosten. Die Situation ist derzeit nicht optimal: Steigende Netzkosten aufgrund des Ausbaus zum Anschluss dezentraler, erneuerbarer Anlagen stehen einem sinkenden Stromabsatz aufgrund höherer Eigenerzeugung und Wirtschaftskrise gegenüber. Daher brauchen wir Maßnahmen, damit die Kostensteigerungen gedämpft werden und die Anzahl der Zahler größer wird. Da gibt es viele Vorschläge, die rasch umgesetzt werden sollten.“ Zustimmung auch von Sponring: „Die Netztarife sollten leistungsabhängig sein, nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Privatpersonen. In den letzten zwei Jahren haben Hausbesitzer nicht nur 5 kWp, sondern gleich 20 kWp installiert. Dann kam der Energieversorger und hat gesagt: ‚Ich zahle nicht 30 Cent pro kWh, sondern zum Beispiel nur 4.‘ Der Sinn privater PV ist, sich selbst zu versorgen und Netzgebühren zu sparen, aber nicht finanziell von der Energieproduktion zu profitieren!“

*Über die Top Speakers Lounge:*

*Die Plattform „Top Speakers Lounge“ ist eine Veranstaltungsreihe der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein (HKSÖL). Thematisiert werden aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Politik. Zu den bisherigen Keynote Speakern zählen u.a. Roland Hunziker vom World Business Council for sustainable Development (WBCSD), Karl Pall (Digitalisierungsexperte, Gründer Google Österreich), Medienmanager Rudi Klausnitzer, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch (Staatssekretärin SECO der Eidgenossenschaft), Andreas Matthä (Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG), Dr. Johannes Schweifer (Co-Founder Bitcoin Suisse AG), Peter Spuhler (Executive Chairman und Group CEO a.i. von Stadler Rail AG), Alexandra Reinagl (CEO der Wiener Linien), Wolfgang Mazal (Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien).*

*Über die Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein (HKSÖL):*

*Die HKSÖL versteht sich als umfassendes Netzwerk von Unternehmen und Verbänden, das die drei Länder Schweiz, Österreich und Liechtenstein verbindet. Die rein privatwirtschaftlich finanzierte Kammer unterstützt ihre Mitglieder in Wirtschaftsbelangen aller Art und fungiert als Interessensvertretung gegenüber Behörden und Politik.*

